

Wolfgang Schüssel

Das Jahrhundert wird *heller*

Wolfgang Schüssel
Das Jahrhundert
wird *heller*

Begegnungen & Betrachtungen

AMALTHEA

»Wo, wenn nicht in der Politik,
dürfen wir Wunder erwarten?«

HANNAH ARENDT

© 2015 by Amalthea Signum Verlag, Wien

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Elisabeth Pirker/OFFBEAT

Umschlagzeichnung: © Dr. Wolfgang Schüssel

Autorenfoto: © businessfoto-hamburg.de

Lektorat: Martin Bruny

Satz: VerlagsService Dietmar Schmitz GmbH, Heimstetten

Gesetzt aus der 11,25 pt Minion Pro

Printed in the EU

ISBN 978-3-99050-017-0

eISBN 978-3-903083-05-9

Inhalt

Optimismus verpflichtet 9

Beiträge und Reden (2011–2015)

Europa weiter denken 16

Ein magisches Jahr 39

Ist unsere parlamentarische Demokratie
ein Sanierungsfall? 49

Why Switzerland? 54

Windows of Opportunity 58

Der Namensgeber für den Euro 67

Zu unserem Glück vereint 72

Die Vertrauenskanzlerin 75

Die Waffen weichen der Verständigung 80

Leadership 86

Gastkommentare »Neue Zürcher Zeitung« (2011–2014)

Gründe, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken 92

Wachsamkeit ist geboten ... 95

Mehr privat – weniger Staat	98
Kehren die Glaubenskriege zurück?	101
Die Sternstunde von 1989 ist weit entfernt	104
Raus aus der Komfortzone!	107
Neid hilft nicht bei der Suche nach Gerechtigkeit	110
Vertrauen	113
Aufstehen für Europa!	116
Spielball Ukraine?	119
Grimm um die Krim	122
L'Etat, c'est quoi?	125
Heißes Eisen Zuwanderung	128
Mehr Staat als Markt?	131
Amis vom Mars – Venusianer aus Europa?	134
Good News	137
Kleine Entscheidungshilfe für Wähler	140
Wie halten wir es mit der Religion?	143
Kleiner Mann und großer Bruder	146
Vielfalt statt Einfalt	149
Schwarzer Peter Deutschland	152
Innovation – Ein Wachstumsmotor	155
Jagd auf Reiche eröffnet	158
1913 bis 2013	161

Der EWR – Ein Zukunftsmodell?	164
Damenwahl	167
Die Größe der Kleinen	170
Keynes kontra Hayek – Das Jahrhundert-Duell?	173
Ist Kultur noch ein »Lebensmittel«?	176
Hurra, wir haben einen weiblichen Sündenbock!	179
Sprengsatz oder Bindemittel	182
Der Schrei	185
Wirtschaftsstandort – Nicht Wirtschaft stand dort	188
Energiewende – Geachtet oder geächtet?	191
In (aus) der Krise wachsen	194
Dobrodošli, Kroatien!	197
2012 – Wird's besser, wird's schlimmer?	200
Die Nabelschau beenden!	203
Flucht nach vorne in die Sackgasse	206
Aufstand gegen den Markt?	209
Schlägt nun die Stunde der Parlamente?	212
Was uns Sisyphos lehrt	215
Demokratie fördert religiöse Toleranz	218
Naher, Neuer oder Wilder Osten?	221

Für meine Tante, Dr. Therese Schüssel, die »Das Werden Österreichs« verfasst hat und mein Werden durch Bildung an den besten Schulen Österreichs ermöglichte. Sie war eine der ersten Absolventinnen der Universität Wien in Geschichte und Germanistik, später charismatische Professorin an der LBA Hegelgasse und sie steht stellvertretend für die Tausenden engagierten Pädagogen, die sich täglich um die Zukunft unserer Kinder bemühen.

Danke sage ich allen Freunden und Gesprächspartnern, die mich immer wieder ermuntern, meine Gedanken niederzuschreiben und sich mit mir auf den intellektuellen politischen Diskurs einlassen. Ein besonderer Dank gilt Heidi Glück, Karl Gollegger, Norbert Griesmayer, Andreas Klauser, Peter Loisel, Ursula Plassnik, Ali Schneider und Dieter Soltmann, die zum Zustandekommen des Buches wesentlich beigetragen haben. Brigitte Sinhuber-Harenberg, Carmen Sippl, Martin Bruny und Alfred Rankel vom Amalthea Verlag haben meine Texte in eine ansprechende Buchform gebracht.

Optimismus verpflichtet

Mit den Jahren runzelt die Haut – mit dem Verzicht auf Begeisterung aber runzelt die Seele, so Albert Schweitzer. Nun, für jemanden wie mich, der so alt ist wie die Zweite Republik, trifft der erste Halbsatz sicherlich zu. Der zweite Teil wird hoffentlich nie eintreten. Neugier auf das Kommende, Freunde und Ermunterer, Herausforderer und Widerspruch werden dies zu verhindern wissen.

Dieses Buch ist eine Sammlung von Beiträgen für die »Neue Zürcher Zeitung« (2011 bis 2014), Begegnungen mit Weggefährten sowie Betrachtungen zu einigen wichtigen Themen. Alle Beiträge wurden nach meinem Ausscheiden aus der Bundesregierung geschrieben, der ich von 1989 bis 2007 angehörte – sechs Jahre als Wirtschaftsminister, fünf als Außenminister und Vizekanzler sowie sieben Jahre als Bundeskanzler. Zwischen 1979 und 2011 wurde ich elf Mal in den Nationalrat gewählt, dazu kommen die Erfahrungen von 800 österreichischen Ministerräten, 600 Parlamentssitzungen, 100 Europäischen Räten, zwei Mal EU-Vorsitz. Es sind subjektive Betrachtungen, die vielleicht nicht jeder teilen wird, die ich aber gerne zur Diskussion stellen möchte. Manche sind immer noch aktuell, an einigen mag der Zeitgeist genagt haben. Der geneigte Leser möge daher mit Nachsicht urteilen.

Karl Poppers »Optimismus ist Pflicht« ist zwar ein wenig hoch gegriffen – doch es stimmt: Der Pessimist ist der einzige Mist, auf dem nichts wächst. Wie viel solch O(optimismus)-Ton gibt unsere Zeit her? War es früher leichter, erwartungsvoll in die Zukunft zu blicken –

Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Fall des Eisernen Vorhangs, unser EU-Beitritt, die folgende Erweiterung?

2015, das Erscheinungsjahr dieses Buchs, markiert viele Umbrüche und Veränderungen. Der gescheiterte Arabische Frühling, die humanitären Tragödien in Syrien und Irak, der Vormarsch radikaler Islamisten, der Konflikt Russland–Ukraine, drohende Atomaufrüstungen, Spannungen im Chinesischen Meer. Wirtschaftliche Stagnation, Finanzkrise, Jobverluste, Entindustrialisierung.

Ich erinnere mich an eine »Economist«-Titelstory 25 Jahre nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Auf Seite 1 war ein Grabstein abgebildet: »Born: March 1957 – Moribund: March 1982«. Aber dies markierte keineswegs das Ende des europäischen Projekts, vielmehr eine Morgenröte. Kurz darauf wurde Jacques Delors Kommissionspräsident, der für einen gemeinsamen Binnenmarkt warb. Bald folgte der Maastricht-Vertrag, und zehn Jahre nach dem »Economist«-Titel stand Europa glänzend da, mit 70 Prozent Zustimmung der Bürger und nur mehr 10 Prozent Skeptikern. Also: Ärmel aufkrepeln für Europa – Wachstum, Innovation, Digitalisierung. Zusammenwachsen statt Fliehkraft ist gefragt.

Dabei soll nicht auf das Aufräumen der Haushalte der Mitgliedsstaaten vergessen werden. Es ist wahrlich kein Zufall, dass jene Länder mit den gesündesten Finanzen zugleich auch stärker wachsen und in zukunfts feste Innovationen investieren können.

Europa – das ist heute nur 2 Prozent der Landmasse der Erde, 7 Prozent der Weltbevölkerung und nicht ganz 20 Prozent der globalen Wirtschaftskraft. Nicht schlecht – aber nur dann, wenn unsere Stimme hörbar und verständlich ist. Außenpolitik ist nicht das Hobby abgehobener Geostrategen, sondern Voraussetzung für kluge Interessenvertretung. Der deutsche Bundestagspräsident Norbert

Lammert brachte dies treffend auf den Punkt: »Die Nationalstaaten sind nicht mehr Herr ihrer eigenen Angelegenheiten. Das ist der unvermeidliche Preis, den alle Beteiligten für die Vorzüge der Globalisierung zahlen müssen.« Manche suchen daher den Rückzug ins Biedermeier – gegen Freihandel, Integration oder Zuwanderung. Die Globalisierung wird dadurch zwar nicht aufgehalten, internationale Arbeitsteilung und Wettbewerb finden trotzdem statt, aber vielleicht tröstet der Beifall der Stammtische eine Zeit lang über den langsamen Abstieg hinweg. Alternativen sind ein mutiges Annehmen der Herausforderung, ein Aufspüren der Chancen in einer zusammenwachsenden Welt mit ihren Wünschen, Ideen, fremden Klängen und Gerüchen, spannenden Begegnungen mit anderen Gefühlen, Kulturen und Sichtweisen. Freilich heißt dies: erklären, mitnehmen, standhaft bleiben – auch wenn der Wind der veröffentlichten Meinung manchmal ins Gesicht bläst.

Hat der Westen, haben wir eigentlich noch einen tragfähigen Grundkonsens verbindlicher Zielvorstellungen – Freiheit und Toleranz, Individualität und Verantwortung, Rechtsstaat und Menschenrechte, Rolle von Religion und Staat, Gewaltenteilung und Demokratie, Marktwirtschaft und Inklusion, die Balance von Globalisierung, Demokratie und kultureller Identität?

Politiker haben hier eine große Aufgabe. Sie sind einerseits Projektionsfläche für Erwartungen, Hoffnungen, auch Sorgen und Ängste, zugleich sind sie die Generalisten und Erklärer unserer Zeit. Eine Allensbach-Umfrage zeigt aber, wie ambivalent das Bild der Politiker in der Öffentlichkeit ist: »Politiker sagen ohnehin nur, was andere hören wollen« (zwei Drittel der Befragten); »sie sind auf ihren eigenen Vorteil bedacht« (58 Prozent) und »abgehoben« (43 Prozent). Doch zugleich ein völlig

anderes Bild bei persönlich bekannten Politikern: Diese werden von den Befragten als »freundlich« (60 Prozent) und »klug« (45 Prozent) erlebt. So bleibt als sinnvolle Strategie: hinaus aus dem Elfenbeinturm und wo immer möglich in Kontakte und Diskussionen eintreten.

Es ist wahr, wir erleben unruhige Zeiten. Doch sind dies nicht auch die spannendsten? Kein Drehbuch zum Nachschauen, kein Präzedenzfall in der Geschichte, keine vorbereiteten Szenarien. Selbst nach- und vordenken ist gefragt.

Was zählt denn auf der globalen Ebene – Geografie, Demografie und Wirtschaftskraft! Österreich liegt ziemlich genau im Herzen Europas – im Radius von ein bis zwei Flugstunden liegen alle wichtigen Hauptstädte. Wir haben acht gute und friedliche Nachbarn an unseren Grenzen. Die Nachbarschaftspolitik der Union liegt jetzt sogar in österreichischer Hand (Kommissar Johannes Hahn). Unsere Bevölkerung wird innerhalb einer Generation auf neun bis zehn Millionen wachsen – vor allem durch Zuwanderung. Mit Geschick könnten wir viele aus dem globalen Talentepool gewinnen. Und wirtschaftlich ist unser Land mit seinen globalen »hidden champions«, dem Fleiß der Bewohner und guten Bildungseinrichtungen immer noch gut aufgestellt.

Kleine und mittlere Staaten (kurz KMS) haben viele Vorteile. Sie sind beweglicher, bürgernäher – kein Zufall, dass 15 der 21 wettbewerbsstärksten Länder laut World Economic Forum KMS sind. Die schwierige Balance, in der globalen Welt wirtschaftlich erfolgreich zu sein, zugleich aber auch die eigene Identität unter Beteiligung der Bürger zu wahren, scheint ihnen am ehesten zu gelingen.

Für uns bleibt dabei Europa mit dem unverwechselbaren »Way of Life«, seinen Werten, seiner Wirtschaftskraft und sozialen Verantwortung Maßstab und Richtschnur.

Dabei wird manchmal ein deutliches »Mehr« an gemeinsamer Regelung nötig werden – Währung, Handel, Binnenmarkt, Energie- und Bankenunion. In anderen Fragen könnte man sich bei Detailregeln eher zurückhalten. Künftig ist jedoch mehr denn je eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik geboten. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker regte kürzlich sogar wieder eine gemeinsame europäische Armee an. Dieser überaus sinnvolle Vorschlag würde die militärischen Kräfte aller Mitgliedsstaaten bündeln, die Schlagkraft der EU verbessern und den Bürgern mehr Sicherheit geben. Das Projekt braucht aber Unterstützung durch die Öffentlichkeit, volle Koordination mit der NATO und Zeit für die Umsetzung, die auch stufenweise realisiert werden kann. Zu Beginn etwa mit gemeinsamen Transport- und Logistikkapazitäten, später mit der europaweiten Meer- und Luftraumüberwachung, einem Verbund schwerer technischer Geräte und zuletzt erst EU-Landstreitkräften. Gerade KMS sollten diese Vorschläge offen und konstruktiv erörtern. Kein Land kann heute allein umfassend und wirksam seine Sicherheit garantieren.

Rechtfertigen diese Betrachtungen den Titel des Vorworts? Trotz aller Vorsicht – ein deutliches Ja. Die Integration Europas, der Aufstieg unserer Heimat aus den Trümmern der Weltkriege, die Erwartung auf Forschungsergebnisse in Medizin, Technik, Materialien – dies alles lässt uns hoffen. Einer Gedichtzeile von Markus Jaroschka verdanke ich den Buchtitel: »Das Jahrhundert wird heller«* – aber nicht von selbst!

WOLFGANG SCHÜSSEL

.....

* Diese Zeile entstammt dem Buch »Die Unruhe in den Sätzen« (Bläschke, St. Michael, 1983)

**Beiträge und Reden
(2011–2015)**

Ist unsere parlamentarische Demokratie ein Sanierungsfall?

Ist es nur ein Zufall, dass zwei der ehrwürdigsten Parlamente Europas derzeit saniert werden müssen? Westminster, die Mutter aller Parlamente, wird mit Milliardenaufwand renoviert. Auch aus dem Wiener »Haus am Ring«, ehemals die von Pallas Athene bewachte Reichsversammlung der österreichisch-ungarischen Monarchie, werden die Abgeordneten bald den Bauarbeitern weichen. Manchmal regnet es sogar schon beim Glasdach herein – Symbol für die Brüchigkeit unserer nicht mehr als 100 Jahre alten demokratischen Tradition?

In Großbritannien, Frankreich, Holland, Dänemark und Österreich erstarken Bewegungen, die den Parlamentarismus herausfordern, ein diffuses Unbehagen ansprechen und latente Unzufriedenheit gewinnbringend bewirtschaften. Angst vor der Globalisierung, dem wirtschaftlichen Abstieg, Europaskepsis, Abwehr von Migration, Warnung vor islamistischer Unterwanderung und das Schüren von Erneuerungsfantasien einen das extrem rechte und linke Spektrum.

Die Politik lebt sicherlich von Auseinandersetzung und Kontroverse, vom Ringen um die sachgerechteste Lösung. Das bringt politische Parteien in ein schwer aufzulösendes Dilemma, denn der Eindruck von Uneinigkeit schadet. Wird aber nicht gestritten, kommt sofort der Vorwurf der Friedhofsruhe, des Stillstands, der diskursiven Genügsamkeit. »Kuschelkurs« also.

Daraus resultiert eine tiefe Skepsis der Bevölkerung gegenüber Parteien, Politikern, Institutionen. Ein Blick ins Eurobarometer genügt. Dies ist keineswegs neu.

Goethes »politisch Lied – ein garstig Lied« war schon ein Thema meiner schriftlichen Matura. Persönliche Attacken, Handgreiflichkeiten im Parlament, Verleumdungen, reihenweise eingebrachte Strafanzeigen, gehässige Konfrontationen in U-Ausschüssen sind der Stoff, aus dem Politikverdrossenheit entspringt. Als Premierminister David Cameron seine Töchter kürzlich zur Fragestunde ins britische Unterhaus mitnahm, meinten diese nachher: »Wenn wir uns so aufführen würden, bekämen wir Probleme in der Schule.«

Dazu kommt eine weitere Besonderheit unserer politischen Kultur – manche Themen oder Probleme dürfen nicht angesprochen werden. Sie sind tabu: etwa die Bewertung mancher Geschichtsepochen; die Frage, ob der Islam Teil einer Nation ist; Neutralität oder NATO; Atomkraft; Migrationsprobleme; leichter Zugang zur Frühpension – die Liste kann jeder selbst ergänzen! Das ist nicht nur in Österreich so: In der ersten britischen TV-Konfrontation vor der Unterhauswahl fiel kein Wort über die Rolle Englands in der Welt, zur EU-Mitgliedschaft, zu Russland, zur Verteidigung oder Außenpolitik. Europa wird aber ganz sicher in der nächsten Legislaturperiode eines der wichtigsten Themen sein; das muss in einem Wahlkampf einfach ausdiskutiert werden.

Und nichts lässt sich dauerhaft verdrängen. Im Gegenteil – der Markt von tabuisierten Themen, Gefühlen, ausgegrenzten Wählergruppen wird von Populisten gewinnbringend bewirtschaftet. Die Folge sind lose Bewegungen, Bürgerinitiativen, spontane Parteigründungen (mit oder ohne bleibenden Erfolg), der Ruf nach direkter Demokratie wie Volksbegehren und Referenden. Hans Kelsen vertraute einst darauf, dass sich im politischen Prozess am Ende immer eine Mehrheit der Vernünftigen durchsetzen würde. Doch Hand aufs Herz, regt sich da

nicht manchmal beim Blick auf Leserbriefseiten und Shitstorms in sozialen Netzen ein leiser Zweifel selbst bei den glühendsten Demokraten? In Wahrheit findet doch heute längst auf globaler Ebene eine Auseinandersetzung darüber statt, welches Modell das bessere, effizientere und zukunftsfestere sein wird: Demokratie und Marktwirtschaft oder autoritäre Systeme mit einer gelenkten Wirtschaft.

Die »Lee-These«, benannt nach dem kürzlich verstorbenen Gründer des Stadtstaates Singapur, Lee Kuan Yew, fußt auf der Überlegenheit autoritärer Systeme: Westliche Demokratien seien oft nur ein Spielball verschiedener Interessengruppen, dächten nur an die nächste Wahl; unfähig zu langfristig notwendigen Reformen, verursachen sie soziale Instabilität. Eine starke Führung hingegen fördere das gesellschaftliche Gesamtwohl, könne schmerzhaft Reformen leichter durchsetzen und investiere in langfristige Entwicklungen.

Die Gegenthese von Amartya Sen scheint zwar bis heute empirisch besser fundiert: Freiheit und Demokratie – die besten Wegbereiter für wirtschaftliche Entwicklung; der Vergleich verschiedener Staaten erweise die Überlegenheit von Demokratien, das Wohl der Bevölkerung bestmöglich zu sichern. Dennoch sollten wir die kritischen Anmerkungen nicht einfach abtun. Sicherlich verdient die Kritik an der Kurzfristigkeit, ja oft Kurzsichtigkeit unseres politischen parlamentarischen Prozesses mehr Aufmerksamkeit. Im Schielen auf die nächstwöchige Umfrage, das Popularitätsranking der Politiker, die Regionalwahl im kommenden Quartal oder gar die nahende nationale Wahlauseinandersetzung werden sehr oft die drängenden Fragen kommender Generationen, Entwicklungen, Sicherheits- und Zukunftsfragen hintangereiht.

Was es noch schlimmer macht – die meisten politischen Auseinandersetzungen finden nicht über wirkliche Substanzfragen unserer Zeit statt, sondern sind oft nur vorfabrizierte »Soundbites« und Sprechblasen, die von einer Armee von Spindoktoren, Pressesprechern und Beratern (»Spads«) getextet, getestet und interpretiert werden. Durch diese »Spadocracy« werden die politischen Debatten immer blutleerer und künstlicher. Wehe dem aufstrebenden Jungstar, der vom Skript abweicht, etwas Persönliches oder gar politisch Inkorrektes sagt.

Dies schwächt sicherlich die Resilienz unserer Demokratie. Es braucht einfach Medikamente gegen diese Kurzatmigkeit. Hilft da ein nationaler Weisenrat? Was, wenn unsere Abgeordneten sich verpflichteten, wenigstens ein Mal pro Jahr die nachhaltigen Zukunftsperspektiven von Gesellschaft und Wirtschaftsstandort zu diskutieren – und die Medien darüber auch ernsthaft und ausführlich berichteten? Sind eingebaute Zukunfts-Stabilisatoren wie ein Automatismus im Pensionsrecht (zum Beispiel: Steigende Lebenserwartung führt zu moderat hinausgeschobenem Pensionsantritt) oder Schuldenbremsen in der Verfassung zur Verbesserung der Budgetdisziplin die Lösung?

Und müssen nicht vor allem europäische Institutionen eine solche Rolle übernehmen? Ohne Rücksicht auf nationale Wahlgänge sollen gerade sie die Einhaltung gemeinsamer Regeln wie Standortqualität, Budgetdisziplin, Sicherheitsfragen überwachen. Das kann zwar die Spannung zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Integration erhöhen. Also brauchen wir Parteien und Politiker, die sich nicht scheuen, das Notwendige anzusprechen, und sich von europäischen Entscheidungen nicht wegduckten. Wir haben mit unserem Beitritt zur Union freiwillig Teile unserer Souveränität auf die euro-

päische Ebene gehoben, um sie dort gemeinsam und wesentlich effizienter mit den anderen Mitgliedern auszuüben. Das kann und muss erklärt, begründet und verteidigt werden. Und nicht allein die Politiker sind hier gefordert – genauso verantwortungsbewusste Medien, streitbare Intellektuelle, vorausschauende Wirtschaftsführer. Denn der künftige Erfolg von Demokratien ist keineswegs gesichert. Laut Freedom House sinkt seit 2006 der Freiheitsgrad unserer Welt deutlich. Moderne Autokraten haben schnell dazugelernt: neue Techniken der Propaganda und Zensur, Eingrenzung bürgerlicher Freiheiten, der Zivilgesellschaft und der freien Presse. Selbst in unseren ureigensten Domänen – Wirtschaft, Entwicklungshilfe, »soft power« (Chris Patten nannte sie einst »our weapons of mass attraction«) – drohen uns andere aufstrebende Weltmächte ernsthaft zu konkurrenzieren.

Also aufwachen – Bürger, Europäer, Demokraten, Parlamentarier. Es ist nicht zu spät, aber hoch an der Zeit!

(APRIL 2015)